

Das Deutsche Schulbarometer

Aktuelle Herausforderungen der Schulen
aus Sicht der Schulleitungen



Inhalt

S. 3	Über das Instrument
S. 5	Zentrale Ergebnisse auf einen Blick
S. 7	Ergebnisse im Detail
S. 24	Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick
S. 26	Ansprechpartner:innen
S. 27	Fragebogen
S. 35	Impressum

Über das Instrument

Die Robert Bosch Stiftung lässt seit 2019 regelmäßig repräsentative Befragungen zur aktuellen Situation der Schulen in Deutschland durchführen, die unter dem Namen „Deutsches Schulbarometer“ veröffentlicht werden. Das Deutsche Schulbarometer ermöglicht es, frühzeitig Entwicklungen zu beschreiben, indem Beobachtungen und Einschätzungen von Personen erfasst und untersucht werden, die Schulen täglich mitgestalten und erleben. Aktuelle Herausforderungen und Strategien der Schulen können so erkannt und daraus Empfehlungen für Entscheidungsträger:innen im Bildungssystem abgeleitet werden.

Die vorliegende Publikation fasst die zentralen Ergebnisse einer Befragung unter Schulleitungen allgemein- und berufsbildender Schulen in Deutschland zusammen, die zwischen dem 31. Oktober und dem 16. November 2022 durchgeführt wurde.

Im Fokus der Schulleitungsbefragung standen die aktuellen Herausforderungen an den Schulen, Lernrückstände der Schüler:innen und Wirksamkeit der Corona-Aufholprogramme, die psychosoziale Infrastruktur an Schulen sowie die Beschulung von geflüchteten und neu zugewanderten Schüler:innen aus der Ukraine und aus anderen Ländern.

Die ermittelten Ergebnisse sind unter Berücksichtigung der möglichen Fehlertoleranz von +/- 3 Prozentpunkten repräsentativ für die Gesamtheit der Schulleitungen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland. Zusätzlich wurden im ausführlichen Ergebnisbericht auch Gruppierungen unterhalb der Bundesebene gebildet, um einzelne Bundesländer bzw. Ländergruppen miteinander vergleichen zu können. Es werden auf der Ebene des Bundeslands nur die Ergebnisse der drei bevölkerungsreichsten Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen ausgewiesen, da nur diese aufgrund der Fallzahlen belastbar sind. Die Befragten wurden des Weiteren in Regionen gruppiert. Die Region „Ost“ bzw. Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer – also Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – ohne Berlin. Die Region „West“ umfasst alle

alten Bundesländer inklusive Berlin. Die Region „Nord“ umfasst Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die Region „Mitte“ umfasst Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz.

Es wurde auch erfasst, ob die befragten Schulleitungen an einer Schule in sozial schwieriger bzw. sozial benachteiligter Lage tätig sind. Die Befragten waren gebeten, anhand von drei Antwortkategorien einzuschätzen, wie hoch an ihrer Schule der Anteil bedürftiger Familien ist, die staatliche Transferleistungen wie Hartz IV, Wohngeld oder Sozialhilfe beziehen (geringer als 25 Prozent, zwischen 25 und 50 Prozent oder höher als 50 Prozent). Diese Frage dient als möglicher Sozialraumindikator, wobei ein Anteil von über 50 Prozent Transferbezieher:innen mit einer sozial benachteiligten Lage gleichgesetzt wird. Allerdings konnten 21 Prozent der Schulleitungen hierzu keine Angabe machen. Aus diesem Grund wurde als weiterer statistischer Indikator, um die sozialräumliche Lage zu bestimmen, der Anteil der Schüler:innen mit Migrationshintergrund erfasst (Anteil von Schüler:innen mit einer anderen Familiensprache als Deutsch geringer als 25 Prozent, zwischen 25 und 50 Prozent oder höher als 50 Prozent). Hier machten lediglich 2 Prozent der Schulleitungen keine Angabe.

Weitere Informationen sowie die ausführlichen Ergebnisberichte der vergangenen Befragungen des Deutschen Schulbarometers finden Sie auf dem Deutschen Schulportal:

<https://deutsches-schulportal.de/deutsches-schulbarometer/>

Informationen zur Befragung auf einen Blick

Zeitraum der Befragung

31.10.2022 – 16.11.2022

Art der Erhebung

Online-Befragung; Fehlertoleranz = +/- 3 Prozentpunkte

Durchgeführt von

forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH

Stichprobe

Bundesweit repräsentative Stichprobe von 1.055 Schulleitungen an allgemein- und berufsbildenden Schulen¹:

- 42,4 Prozent Schulleitungen von Grundschulen,
- 21,9 Prozent Schulleitungen von Haupt-/Real-/Gesamtschulen,
- 11,3 Prozent Schulleitungen von Gymnasien,
- 9,3 Prozent Schulleitungen von Förderschulen,
- 14,3 Prozent Schulleitungen von berufsbildenden Schulen,
- 56,2 Prozent weiblich,
- Durchschnittsalter = 52,7 Jahre,
- SD (Standardabweichung) = 7,4 Jahre.

Zitiervorschlag:

Robert Bosch Stiftung (2023): Das Deutsche Schulbarometer: Aktuelle Herausforderungen aus Sicht von Schulleitungen. Ergebnisse einer Befragung von Schulleitungen allgemein- und berufsbildender Schulen. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

¹ Es handelt sich um eine Zufallsstichprobe. Das bedeutet, dass alle Schulleitungen die gleiche Wahrscheinlichkeit haben, für die Befragung ausgewählt zu werden. Mögliche, durch unterschiedliche Teilnahmebereitschaften bedingte Verzerrungen der Stichprobe werden durch eine nachträgliche Gewichtung ausgeglichen. Die auf dieser Seite dargestellten Prozentangaben in Bezug auf die Verteilung der Schularten innerhalb der Stichprobe sind ungewichtet.

Zentrale Ergebnisse auf einen Blick

1. Personalmangel ist die größte Herausforderung

Zwei Drittel (67 Prozent) der Schulleitungen sehen den Personalmangel als größte Herausforderung an ihrer Schule. Ein Fünftel gibt die Digitalisierung und die mangelnde technische Ausstattung (22 Prozent), Bürokratie und Verwaltung (21 Prozent) sowie die eigene Arbeitsbelastung (20 Prozent) an. Die Beschulung von geflüchteten und neu zugewanderten Kindern (11 Prozent) sowie Corona und die Coronamaßnahmen (9 Prozent) spielen für die Schulleitungen eine untergeordnete Rolle

2. Mehr Personal und weniger Bürokratie als wichtigste Maßnahmen zur spürbaren Entlastung

41 Prozent der Schulleitungen geben an, dass mehr Personal ihren Arbeitsalltag spürbar entlasten würde. Mehr Leitungsstunden und eine geringere Unterrichtsverpflichtung (34 Prozent) sowie die Einstellung von Verwaltungsassistenten (28 Prozent) bzw. insgesamt weniger Bürokratie (25 Prozent) sehen die Schulleitungen als wichtigste Maßnahmen, damit sich ihr Arbeitsalltag spürbar entspannt.

3. Keine adäquate Unterstützung beim Lernen und aktuelle Lernrückstände

Mehr als drei Viertel der Schulleitungen (78 Prozent) meinen, dass sie einigen Schüler:innen nicht die adäquate Unterstützung beim Lernen bieten können, die diese benötigen. Durchschnittlich 35 Prozent der Schüler:innen haben aktuell deutliche Lernrückstände. Dies wird an Schulen in sozial schwieriger Lage fast doppelt so hoch eingeschätzt (65 Prozent).

4. Ziel verfehlt: Geringe Wirksamkeit der Corona-Aufholprogramme

Eine positive Wirksamkeit der Corona-Aufholprogramme sieht nur ein Drittel aller Schulleitungen (32 Prozent). An Gymnasien fällt das Urteil am positivsten aus (42 Prozent). Insbesondere Schulen in sozial schwieriger Lage und solche mit dem höchsten Anteil an Schüler:innen mit Lernrückständen wurden von den Förderprogrammen nicht erreicht (nur 23 Prozent und 25 Prozent sehen eine positive Wirksamkeit). Demzufolge geben 70 Prozent der Schulleitungen an, weitere Fördermittel zu benötigen, um die Lernrückstände zu bewältigen. Die Bedingungen für eine künftige, bedarfsgerechte Verteilung von Fördermitteln sind günstig, denn drei Viertel der Schulen in sozial schwieriger Lage (73 Prozent) erfassen systematisch die Lernstände ihrer Schüler:innen.

5. Psychosoziale Versorgung von Schüler:innen weiterhin unzureichend

Im Durchschnitt gibt es an 69 Prozent der Schulen Angebote der Schulsozialarbeit. 35 Prozent der Schulen bestätigen, Unterstützung durch Schulpsycholog:innen zu erhalten. Jedoch sagt die Hälfte der Schulleitungen, die ein jeweiliges Angebot an ihrer Schule haben, dass dennoch der Bedarf nicht ausreichend gedeckt wird.

6. Traditionelle Prüfungspraxis kann starke psychische Belastung für Schüler:innen sein

48 Prozent der Schulleitungen meinen, dass die traditionelle Prüfungskultur und Benotungspraxis eine starke psychische Belastung für die Schüler:innen ist. In Ostdeutschland (36 Prozent) und in Berufsschulen (34 Prozent) ist die Zustimmung niedriger. Aufgeschlüsselt nach weiteren Regionen, Schulformen und sozialer Lage finden sich ähnlich hohe Zustimmungswerte. Allerdings sagen nur 7 Prozent aller befragten Schulleitungen, dass sie zu diesem Thema gezielt Schulentwicklungsprozesse angestoßen haben.

7. Hoher Fortbildungsbedarf zum Umgang mit psychosozial belasteten Kindern und Jugendlichen

57 Prozent der Schulleitungen sehen Bedarf an Fortbildungen zum Umgang mit psychosozial belasteten Kindern. Fast die Hälfte (45 Prozent) wünscht sich zu diesem Thema eine Supervision bzw. ein Coaching. Fortbildungen zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung erachten 39 Prozent aller Schulleitungen als notwendig. In allen Bereichen ist der Fortbildungsbedarf an Schulen in sozial benachteiligter Lage überdurchschnittlich höher.

8. Beschulung von neu zugewanderten Schüler:innen häufiger in Schulen in sozial schwieriger Lage

Seit März 2022 wurden an den Schulen fast genauso viele neu zugewanderte Schüler:innen aus anderen Ländern beschult wie ukrainische Schüler:innen (Anteil an der Gesamtschüler:innenanzahl für beide Zuwanderungsgruppen: 2,7 Prozent). Ukrainische und insbesondere neu zugewanderte Schüler:innen aus anderen Ländern als der Ukraine werden häufiger in Schulen in sozial schwieriger Lage beschult (3,7 Prozent und 5,3 Prozent). Der Anteil von Neuzugewanderten aus anderen Ländern ist im Vergleich zu ukrainischen Schüler:innen an Förderschulen höher (3,2 Prozent zu 0,8 Prozent).

9. Ausreichende Förderung in Deutsch für Neuzugewanderte kann häufig nicht gewährleistet werden

Mehr als die Hälfte der Schulleitungen (59 Prozent) geht nicht davon aus, dass eine ausreichende Förderung in Deutsch für Neuzugewanderte an ihrer Schule gewährleistet werden kann. Insbesondere an Grundschulen ist die Lage dramatisch: Drei Viertel der Grundschulen (71 Prozent) können keine ausreichende Förderung zusichern.

10. Fast die Hälfte der Schulen kann noch einzelne neu zugewanderte Schüler:innen aufnehmen

Insgesamt haben 43 Prozent der Schulen noch Kapazitäten für die Aufnahme weiterer neu zugewandeter Schüler:innen. Dabei sagen 36 Prozent der Befragten, dass sie noch einzelne Schüler:innen aufnehmen können. 7 Prozent geben an, dass sie noch deutlich mehr Schüler:innen aufnehmen können. Offenkundig wird allerdings auch, dass 26 Prozent der Schulleitungen keine Kapazitäten mehr sehen. 27 Prozent geben sogar an, bereits über ihrer Kapazitätsgrenze zu arbeiten. Insbesondere Schulen in sozial schwieriger Lage (45 Prozent) sowie Haupt-, Real- und Gesamtschulen (38 Prozent) arbeiten über ihrer Kapazitätsgrenze und müssen nun gezielt entlastet werden.

Ergebnisse im Detail

Personalmangel, Digitalisierung und Bürokratie: Aktuelle Herausforderungen der Schulen aus Sicht der Schulleitungen

Was sind im November 2022 die größten Herausforderungen der Schulleitungen?



Wir haben den Schulleitungen folgende offene, allgemeine Frage gestellt: „Was sind zurzeit die größten Herausforderungen als Schulleitung an Ihrer Schule?“ Die Antworten wurden gruppiert, Mehrfachantworten waren möglich. Im Durchschnitt nennen die Schulleitungen etwas mehr als zwei Herausforderungen.

Dabei ergibt sich folgendes Bild: Zwei Drittel der Schulleitungen führen [den herrschenden Personalmangel](#) (67 Prozent) an. Überdurchschnittlich häufig wird der Personalmangel von Schulleitungen an Schulen in sozial schwieriger Lage (80 Prozent) genannt. Auch an Förderschulen (76 Prozent) sowie an Haupt-, Real- und Gesamtschulen (73 Prozent) ist die Personalsituation sehr angespannt. Mit 53 Prozent wird dies unterdurchschnittlich an berufsbildenden Schulen angeführt.

2 Um die soziale Lage der Schulen zu bestimmen, verwenden wir zwei unterschiedliche statistische Indikatoren: Zum einen den Anteil der Eltern, die Sozialtransferleistungen beziehen, zum anderen den Anteil der Kinder, die eine andere Familiensprache als Deutsch sprechen. Für beide Indikatoren wurden die Schulleitungen gebeten, den jeweiligen Anteil zu schätzen. Im Vergleich der beiden Indikatoren wird deutlich, dass diese sehr häufig nah beieinander liegen, das heißt, beide Indikatoren statistisch gesehen „gute“ Marker sind, um die soziale Lage zu bestimmen. Ein Fünftel der Schulleitungen konnte allerdings nicht angeben, wie hoch der Anteil der Eltern an ihrer Schule ist, die Sozialhilfe beziehen.



Mit großem Abstand nennt jeweils ein Fünftel der Schulleiter:innen als weitere Herausforderungen: Digitalisierung und mangelnde technische Ausstattung (22 Prozent), Bürokratie und Verwaltungstätigkeiten (21 Prozent) sowie die eigene Arbeitsbelastung und den Zeitmangel (20 Prozent). Ungefähr jede zehnte Schulleitung sieht das Verhalten der Schüler:innen (13 Prozent) sowie die Beschulung von Geflüchteten und Neuzugewanderten (11 Prozent) als zurzeit größte Herausforderung an. Corona und Corona-Maßnahmen beschäftigen nur noch 9 Prozent der Schulleitungen. Mit jeweils 8 Prozent werden Integration, Inklusion, die Eltern der Schüler:innen und das Schulgebäude bzw. die Räumlichkeiten genannt. Weiterhin zählen die Schulleitungen die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte (7 Prozent), Bildungspolitik und Behörden (6 Prozent) sowie Lernrückstände von Schüler:innen (6 Prozent) infolge der Schulschließungen als zurzeit größte Herausforderungen auf.

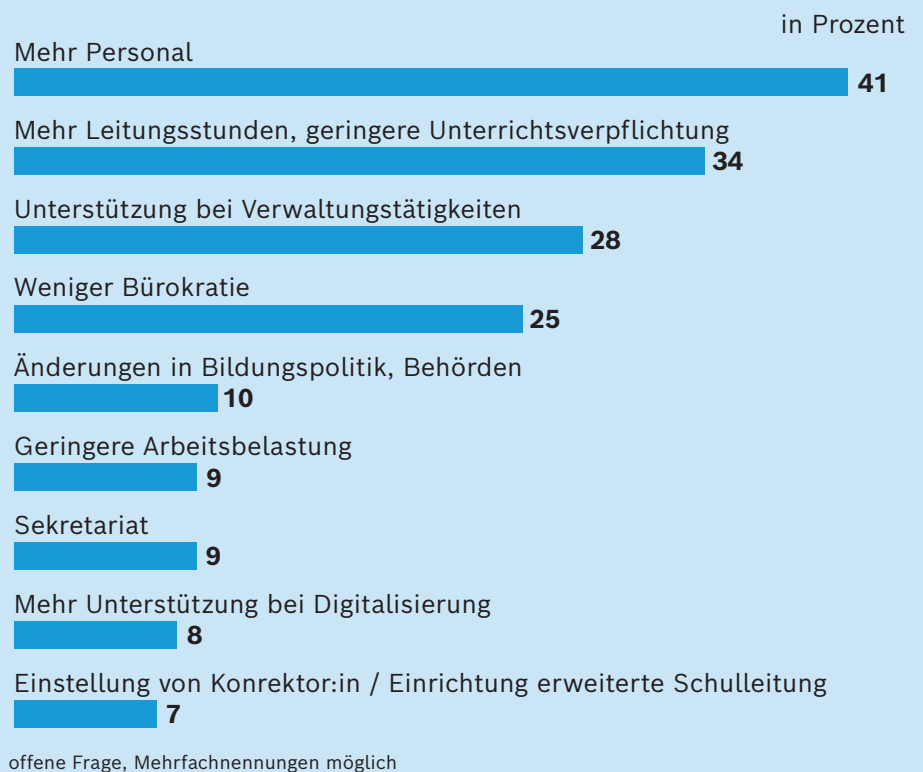
Mehr Personal und weniger Bürokratie. Möglichkeiten der spürbaren Entlastung aus Sicht der Schulleitungen

95 Prozent der Schulleitungen sagen, dass sie sehr hoch oder hoch belastet sind. Diese sehr hohe Arbeitsbelastung betrifft alle Schulleiter:innen gleichermaßen, unabhängig von Alter und Geschlecht, der Schulform, der Region, der sozialen Lage der Schule oder der Schulgröße³. Deshalb wollten wir wissen, welche Maßnahmen die Schulleiter:innen sehen, um ihren Arbeitsalltag spürbar zu entlasten.

Nicht überraschend ist mehr Personal (41 Prozent) die wichtigste Entlastungsmaßnahme aus Sicht der Schulleitungen. Neben mehr Lehrkräften werden hier auch andere Professionen wie Sozialarbeiter:innen, Förderpädagog:innen, Schulpsycholog:innen und Vertretungslehrkräfte genannt. Mehr Personal als Entlastungsmaßnahme wird am häufigsten von Schulleitungen in Ostdeutschland⁴ (54 Prozent) sowie an Grundschulen (46 Prozent) und weniger häufig an Gymnasien (31 Prozent), in Bayern (28 Prozent) und an Berufsschulen (23 Prozent) genannt.

An zweiter Stelle – für eine schnelle Entlastung – fordern die Schulleitungen mehr Leitungsstunden und dementsprechend eine geringere Unterrichtsverpflichtung (34 Prozent). Insbesondere Schulleitungen an Grundschulen (48 Prozent) würde diese Maßnahme spürbar entlasten.

Was würde den Arbeitsalltag von Schulleitungen spürbar entlasten?



An dritter Stelle wünschen sich 28 Prozent der Befragten mehr Unterstützung bei Verwaltungstätigkeiten, zum Beispiel durch eine Schulverwaltungsassistenz. Schulleitungen an berufsbildenden Schulen (39 Prozent) und an Gymnasien (35 Prozent) sehen dies sogar als wichtigste Entlastungsmaßnahme. Ergänzend hierzu nennt ein Viertel aller Schulleitungen (25

Prozent) den Wunsch nach allgemein weniger Bürokratie an vierter Stelle.

Nach mehr Personal, weniger Unterrichtsverpflichtung und allgemein weniger Bürokratie folgen mit großem Abstand weitere Vorschläge für spürbare Entlastungsmaßnahmen: Jede zehnte Schulleitung sieht Änderungen in der Bildungspolitik und beim Agieren

3 Zu finden im ausführlichen Gesamtbericht unter: <https://deutsches-schulportal.de/deutsches-schulbarometer/>

4 Die Region „Ost“ bzw. Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer – also Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – ohne Berlin

der Behörden als Entlastung für ihren Schulalltag (10 Prozent). Daraufgehend wird unspezifisch die Forderung nach einer geringeren Arbeitsbelastung und mehr Zeit (9 Prozent) von den Schulleitungen angeführt. 9 Prozent der Schulleitungen denken, dass die Einstellung von Sekretär:innen zu einer Entlastung führt. Von den Befragten sehen 8 Prozent mehr IT-Support und damit einhergehend auch Unterstützung bei der Digitalisierung und 7 Prozent die Einstellung eine:r Konrektor:in oder die Einrichtung einer erweiterten Schulleitung als weitere Möglichkeiten für eine spürbare Entlastung.

Die Einstellung von Hilfs- und Unterstützungsfachkräften, wie Lehramtsstudierenden und pädagogischen Assistent:innen, sowie die Einstellung von ausländischen Fachkräften könnte die angespannte personelle Situation etwas abmildern, deshalb haben wir noch einmal genauer nachgefragt: Wie schätzen die Schulleitungen den bürokratischen Aufwand für die Einstellung von weiterem pädagogischen Personal ein? Zwei Drittel der Schulleitungen (66 Prozent) stimmen voll

Wie wird der bürokratische Aufwand für die Einstellung von pädagogischen Fachkräften eingeschätzt?

in Prozent

Schulleitungen stimmen der Aussage zu:

- Voll und ganz oder eher
- Eher nicht oder überhaupt nicht
- Weiß nicht / keine Angaben

Der bürokratische Aufwand für die Einstellung von Hilfs- und Unterstützungsfachkräften (z. B. Lehramtsstudierende, päd. Assistenzen) ist zu hoch.



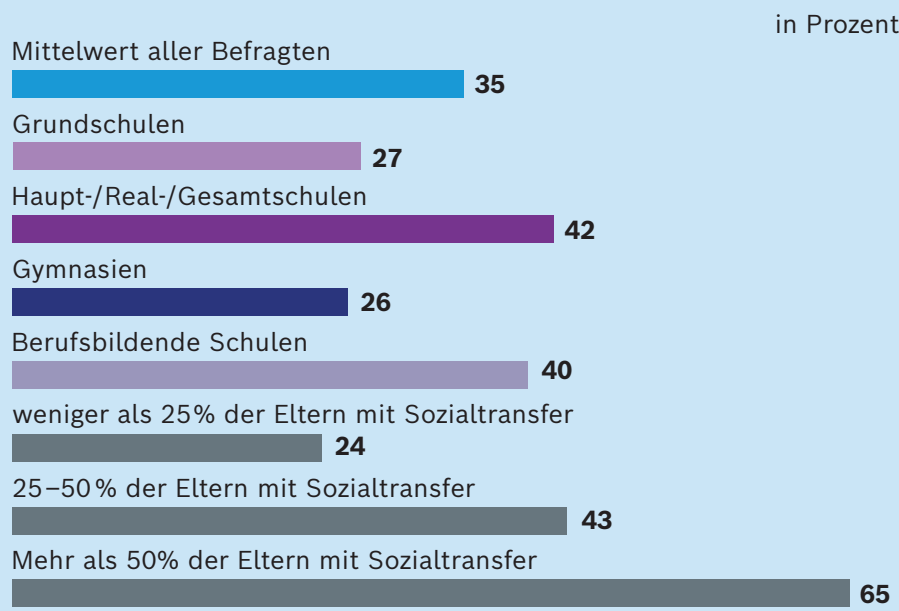
Der bürokratische Aufwand für die Einstellung von ausländischen Lehrkräften ist zu hoch.



und ganz oder eher zu, dass der bürokratische Aufwand für die Einstellung von Hilfs- und Unterstützungsfachkräften zu hoch ist. Für die Einstellung von ausländischen Lehrkräften sagt dies die Hälfte der Schulleitungen (53 Prozent) – obwohl ein Drittel der Schulleitungen hierzu keine Angabe machen konnten.

Keine adäquate Unterstützung beim Lernen und aktuelle Lernrückstände

Wie viele Schüler:innen haben deutliche Lernrückstände?*



*Aufgrund eines sehr hohen Anteils von „weiß nicht“ - Nennungen der Schulleitungen von Förderschulen wurde auf eine Darstellung dieser Schulart verzichtet.

Auch wenn Lernrückstände von den Schulleitungen nur mit 6 Prozent als zurzeit größte Herausforderung an Schulen genannt wurden, haben laut Einschätzung der Schulleitungen ungefähr ein Drittel der Schüler:innen (35 Prozent) deutliche Lernrückstände. Dieser Wert ist unverändert im Vergleich zur Erhebung des [Deutschen Schulbarometers im April 2022](#)⁵. Schulleitungen an Haupt-, Real- und Gesamtschulen (42 Prozent) sowie an Berufsschulen (40 Prozent) schätzen

den Lernrückstand am höchsten ein. Sehr deutlich wird zudem der Zusammenhang zwischen der sozialen Lage der Schulen und dem Lernrückstand der Schüler:innen: Laut Schulleitungen an Schulen in eher privilegierter Lage haben ein Viertel der Schüler:innen (24 Prozent) deutliche Lernrückstände, während Schulleiter:innen an Schulen in sozial schwieriger Lage diese bei zwei Dritteln ihrer Schüler:innen (65 Prozent) annehmen. Schulleitungen von Schulen, in welchen mehr als 50 Prozent der Schüler:innen eine andere Familiensprache als Deutsch sprechen, schätzen, dass im Durchschnitt die Hälfte ihrer Schüler:innen (54 Prozent) deutliche Lernrückstände aufweisen.

Aufgrund dieser angespannten Lernsituation an Schulen fragten wir die Schulleitungen, wie sie sich zu folgenden Aussagen zum Thema Lernen und Lernrückstände positionieren. Der ersten Aussage „Trotz aller Bemühungen kann meine Schule einigen Schüler:innen aktuell nicht die adäquate Unterstützung beim Lernen bieten, die sie benötigen“ stimmen drei Viertel aller Schulleitungen (78 Prozent) voll und ganz oder eher zu. Dort, wo die Lernrückstände am gravierendsten eingeschätzt werden, glauben die Schulleitungen auch überdurchschnittlich häufig, dass sie nicht alle Schüler:innen erreichen können (Haupt-, Real- und Gesamtschulen: 84 Prozent; Schulen in sozial schwieriger Lage: 88 Prozent;

5 Im April 2022 wurden vor allem Lehrkräfte befragt, darunter auch 140 Schulleitungen. Aufgrund der unterschiedlichen Fallzahlen der Schulleitungen sind die beiden Erhebungen nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. In der Erhebung im April 2022 schätzten die Lehrkräfte, dass 42 Prozent der Schüler:innen Lernrückstände haben, die Einschätzung der Schulleitungen fiel mit 35 Prozent etwas geringer aus (Mittelwert aller Befragten: 41 Prozent).

Schulen mit hohem Migrationsanteil: 87 Prozent; Schulen mit einem Anteil von mehr als 50 Prozent der Schüler:innen mit Lernrückständen: 86 Prozent). Die niedrigsten Zustimmungswerte zu dieser Aussage finden sich bei Schulleitungen an Gymnasien (69 Prozent) und Förderschulen (66 Prozent) – doch auch hier sind es immer noch zwei Drittel, die glauben, dass sie einigen Schüler:innen aktuell nicht die adäquate Unterstützung beim Lernen bieten können.

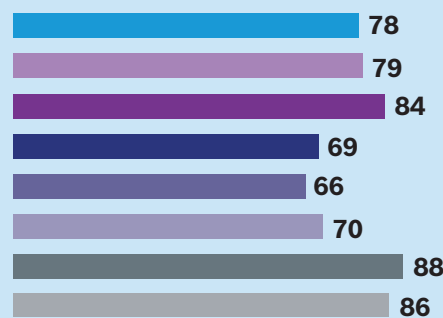
Bei der zweiten Aussage „An meiner Schule konnten wir trotz aller Bemühungen die Schüler:innen mit den größten Lernrückständen nicht erreichen“ findet sich eine ähnliche Verteilung wie bei der ersten Aussage: Überdurchschnittlich häufig müssen dies Schulleitungen an Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie an Schulen in sozial benachteiligter Lage resümieren (beide 63 Prozent). Fast drei Viertel der Schulleitungen, die schätzen, dass mehr als die Hälfte ihrer Schüler:innen Lernrückstände haben, bestätigen die Aussage (73 Prozent). Im Durchschnitt stimmen dieser Aussage die Hälfte aller Schulleitungen (53 Prozent) voll und ganz oder eher zu.

Gelingt es den Schulen, alle Schüler:innen zu erreichen?

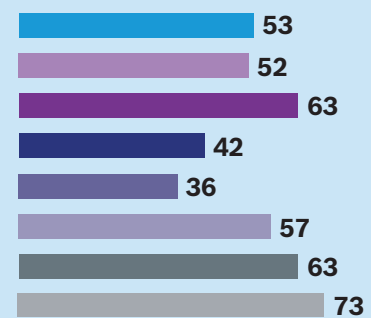
Befragte, die voll und ganz oder eher zustimmen in Prozent

- Alle Befragten
- Grundschulen
- Haupt-/Real-/Gesamtschulen
- Gymnasien
- Förderschulen
- Berufsbildende Schulen
- Mehr als 50% der Eltern mit Sozialtransfer
- Mehr als 50% der Schüler:innen mit Lernrückständen

„Trotz aller Bemühungen kann meine Schule einigen Schüler:innen aktuell nicht die adäquate Unterstützung beim Lernen bieten, die sie benötigen.“



„An meiner Schule konnten wir trotz aller Bemühungen die Schüler:innen mit den größten Lernrückständen nicht erreichen.“



Ziel verfehlt: Geringe Wirksamkeit der Corona-Aufholprogramme

Zur Wirksamkeit des zwei Milliarden Euro schweren Bund-Länder-Pakets „Aufholen nach Corona“ bilanzierten die Forscher:innen des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) in ihrer im September 2022 veröffentlichten [Studie](#), dass die angestrebte Wirkung aufgrund einer fehlenden bedarfsgerechten und zielgerichteten Strategie sowie der im internationalen Vergleich geringen finanziellen Mittel weitestgehend verfehlt wurde. Insbesondere Schüler:innen aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien und mit Migrationsgeschichte wurden mit dem „Gießkannenprinzip“ nicht erreicht.

Unsere Ergebnisse bestätigen diese ernüchternde Einschätzung auch aus Sicht der Schulleitungen. Lediglich 4 Prozent der Schulleitungen stimmen der Aussage voll und ganz zu, dass durch die staatlichen Fördermittel und Corona-Aufholprogramme die coronabedingten Lernrückstände deutlich verringert werden konnten. Eher positiv sehen noch durchschnittlich 29 Prozent aller Schulleitungen die Wirkung der Förderprogramme. Insgesamt betrachtet glaubt also lediglich ein Drittel aller befragten Schulleitungen (32 Prozent), dass die Aufholprogramme zu einer deutlichen Verringerung der Lernrückstände beigetragen haben. Schulleitungen an Gymnasien bewerten die Wirksamkeit des Förder-

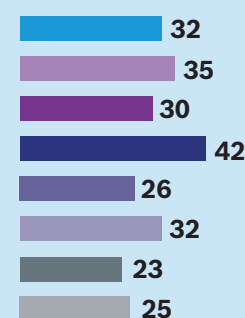
Konnten die Lernrückstände durch die Aufholprogramme verringert werden und gibt es weiteren Bedarf?

Befragte, die voll und ganz oder eher zustimmen

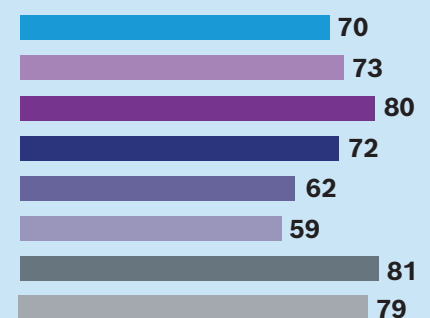
in Prozent

- Alle Befragten
- Grundschulen
- Haupt-/Real-/Gesamtschulen
- Gymnasien
- Förderschulen
- Berufsbildende Schulen
- Mehr als 50% der Eltern mit Sozialtransfer
- Mehr als 50% der Schüler:innen mit Lernrückständen

„Die coronabedingten Lernrückstände der Schüler:innen konnten durch die zusätzlichen staatlichen Fördermittel und Aufholprogramme deutlich verringert werden.“



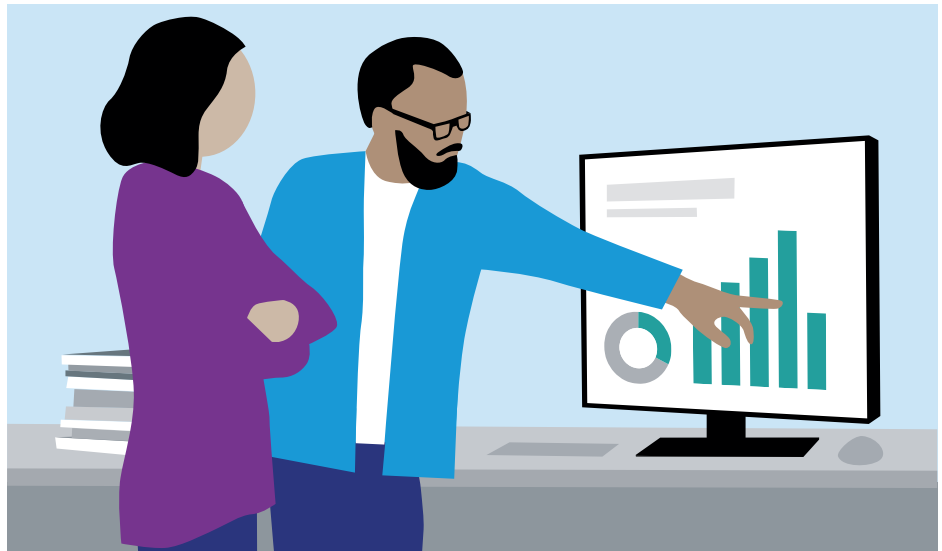
„An meiner Schule gibt es weiteren Bedarf an Fördermitteln zur Bewältigung der coronabedingten Lernrückständen.“



programms mit 42 Prozent am positivsten, Schulleitungen an Schulen in sozial schwieriger Lage am negativsten mit 23 Prozent. Mit anderen Worten: Fast drei Viertel der Schulleitungen an

Schulen in sozial benachteiligter Lage äußern, dass durch die staatlichen Mittel die Lernrückstände ihrer Schüler:innen überhaupt nicht (26 Prozent) oder eher nicht (46 Prozent) deutlich reduziert werden konnten. Auch Schulleitungen, die angeben, dass mehr als die Hälfte ihrer Schüler:innen Lernrückstände haben, schätzen die Wirksamkeit des Programms zu drei Vierteln (74 Prozent) negativ ein. Die Vermutungen der Autor:innen der WZB-Studie, dass insbesondere Schulen in eher privilegierter Lage von den vorwiegend außerschulischen und auf Freiwilligkeit basierenden Förderprogrammen (wie zum Beispiel privaten Nachhilfeangeboten) profitierten, kann durch diese Ergebnisse untermauert werden. Die vorerst gezogene Bilanz der Corona-Aufholprogramme muss daher sein: Das vordergründige Ziel, nämlich insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Lagen sowie mit Migrationsgeschichte zu erreichen, wurde mit dem „Gießkannenprinzip“ weit verfehlt.

Es überrascht somit nicht, dass der Bedarf der Schulen an zusätzlichen Fördermitteln weiterhin sehr hoch ist. In unserer Befragung stimmten 70 Prozent aller Schulleitungen der Aussage, dass sie weitere Fördermittel benötigen, um die coronabedingten Lernrückstände der Schüler:innen zu bewältigen, voll und ganz oder eher zu. Den größten Bedarf sehen Schul-



leitungen an Haupt-, Real- und Gesamtschulen (80 Prozent), Schulen in sozial schwieriger Lage (81 Prozent), Schulen mit einem hohen Migrationsanteil (80 Prozent) sowie Schulen, an welchen mehr als die Hälfte der Schüler:innen Lernrückstände haben (79 Prozent). Aber auch fast drei Viertel der Schulleitungen von Grundschulen (73 Prozent) und Gymnasien (72 Prozent) sehen weiteren Bedarf an finanziellen Mitteln. Mit 59 Prozent schätzen Schulleitungen von Berufsschulen den Bedarf am geringsten ein. Insgesamt herrscht also an deutschen Schulen ein gewaltiger Bedarf an weiteren Fördermitteln, weil die Gelder offenbar nicht in ausreichendem Maß dort ankamen, wo sie am dringendsten gebraucht wurden bzw. nicht die erwünschte und notwendige Wirksamkeit entfaltet haben.

Angesichts des kommenden Startchancen-Programms gilt es nun, aus den gemachten Fehlern zu lernen und die finanziellen Mittel bedarfsgerecht zu verteilen, aber auch die Wirksamkeit der Programme zu evaluieren. [Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz \(SWK\)](#) empfiehlt daher für die Evaluation von Förderprogrammen im Bildungsbereich zunächst die Bestimmung von aussagekräftigen Indikatoren und die Entwicklung von Wirkungsmodellen, um Wirkung überhaupt messen zu können.

Ein möglicher Indikator können Lernstandserhebungen sein, deshalb haben wir die Schulleitungen gefragt: „Werden an Ihrer Schule systematisch die Lernstände aller Schüler:innen

erfasst, um eine kompetenzorientierte Einstufung vornehmen zu können?“ Über die Hälfte aller Schulleitungen (56 Prozent) geben an, dass sie systematisch die Lernstände ihrer Schüler:innen erfassen. Überdurchschnittlich häufig wird dies von Schulen in sozial benachteiligter Lage bejaht: Fast drei Viertel der Schulen in sozial benachteiligter Lage (73 Prozent) und zwei Drittel der Schulen mit einem hohen Migrationsanteil (66 Prozent) erheben regelmäßig und systematisch den Lernstand ihrer Schüler:innen. Auch Förderschulen (70 Prozent) und Grundschulen (67 Prozent) erheben häufiger als der Durchschnitt die Lernstände. Allerdings erfasst nur die Hälfte der Schulen (54 Prozent), die einen hohen Anteil Schüler:innen mit Lernrückständen haben, die Lernstände systematisch. Am wenigsten geben dies Schulleitungen an Gymnasien (46 %) und an berufsbildenden Schulen (29 %) an.

Auch wenn wir in dieser Befragung nicht danach gefragt haben, mit welchen Diagnose-Instrumenten die Lernstände an den Schulen erhoben werden, so lässt sich doch sagen, dass insbesondere Schulen in sozial schwieriger Lage eine Einschätzung zu den Lernständen ihrer Schüler:innen geben können. Resümierend kann für das bevorstehende Startchancen-Programm die Einschätzung der Lernrückstände als zusätzliches Auswahlkriterium für die teilnehmenden Schulen in sozial benachteiligter Lage hinzugezogen werden. Dafür ist

eine enge Zusammenarbeit zwischen der Schulaufsicht und den Schulleitungen erforderlich, um über geeignete Maßnahmen und Förderungen zu entscheiden. Dadurch könnten auch [Schulen in kritischer Lage](#) identifiziert werden, also diejenigen Schulen in sozial schwieriger Lage, die den Lernerfolg ihrer Schüler:innen nicht mehr gewährleisten können. Damit möglichst alle Schulen in kritischer Lage identifiziert werden können, muss es einen einfachen Zugang zu Lernstandserhebungs-Tools geben, sodass auch

Schulen mit einem hohen Anteil an Schüler:innen mit Lernrückständen und besonders belastetem Kollegium Lernstandserhebungen durchführen können. Gleichzeitig verdeutlicht die hohe Zahl an Schulleitungen, die angeben, ihre Schüler:innen nicht ausreichend fördern zu können, dass mit dem Vorhandensein von Diagnose-Instrumenten noch keine Förderstrategien einhergehen. Hier wäre es wichtig, Schulen zielgerichtet bei einer datengestützten Unterrichtsentwicklung zu begleiten.

Werden die Lernstände der Schüler:innen systematisch erfasst?

in Prozent

■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht / keine Angabe

Alle Befragten



Grundschulen



Haupt-/ Real-/ Gesamtschulen



Gymnasien



Förderschulen



Berufsbildende Schulen



Mehr als 50% der Eltern mit Sozialtransfer

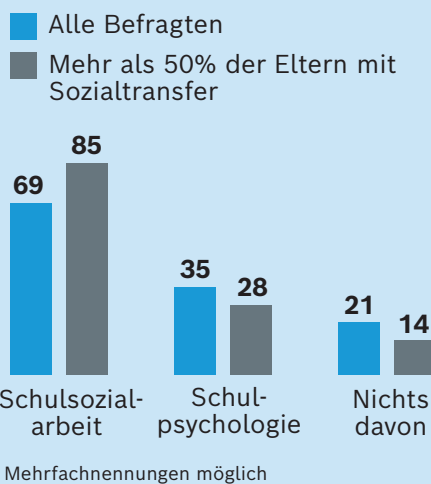


Abweichungen zu 100 Prozent rundungsbedingt

Psychosoziale Versorgung von Schüler:innen weiterhin unzureichend

Gibt es Angebote an Schulsozialarbeit und -psychologie?

in Prozent



Eines der weiteren Ziele des Bundesprogramms „Aufholen nach Corona“ war die vermehrte Einstellung bzw. Aufstockung und Unterstützung von Schulsozialarbeiter:innen. Aus diesem Grund wollten wir ein halbes Jahr nach der letzten Befragung des [Deutschen Schulbarometers im April 2022](#)⁶ wissen, wie die derzeitige psychosoziale Infrastruktur an den Schulen ist. Im Durchschnitt gibt es an 69 Prozent der Schulen Angebote der Schulsozial-

arbeit und an 35 Prozent der Schulen Unterstützung durch Schulpsycholog:innen. Verglichen mit den Einschätzungen der Schulleitungen im April 2022 scheint sich das Angebot an schulpsychologischer Unterstützung um 10 Prozentpunkte verbessert zu haben, das Angebot an Schulsozialarbeit wird dagegen als unverändert wahrgenommen.

Bezüglich der Angebote der Schulsozialarbeit findet sich die beste Versorgungslage an Haupt-, Real- und Gesamtschulen (88 Prozent), an Berufsschulen (84 Prozent) sowie an Schulen in sozial benachteiligter Lage (85 Prozent) und mit einem hohen Migrationsanteil (82 Prozent). Weniger Schulsozialarbeit findet sich an Grundschulen (58 Prozent), an Gymnasien (59 Prozent) und in Bayern (55 Prozent). Hingegen geben die Schulleitungen in Bayern mit 67 Prozent fast doppelt so häufig wie der Durchschnitt an, über Angebote der Schulpsychologie zu verfügen. Eine Erklärung dafür ist die Möglichkeit, in Bayern ergänzend zum Lehramtsstudium das Erweiterungsfach Schulpsychologie wählen zu können. Auch an Gymnasien (48 Prozent) gibt es eine bessere schulpsychologische Versor-

gung. Schlusslichter sind Schulen in sozial benachteiligter Lage und Förderschulen (28 Prozent) sowie Schulen in Baden-Württemberg (12 Prozent).

Zusätzlich wollten wir von den Schulleitungen wissen, ob die vorhandenen Angebote an Schulsozialarbeit und Schulpsychologie auch den tatsächlichen Bedarf decken. Hier zeigt sich, dass die Hälfte der Schulleitungen die Bedarfe an Schulsozialarbeit (52 Prozent) und an Schulpsychologie (48 Prozent) für ausreichend gedeckt halten. Oder umgekehrt: Die Hälfte der Leiter:innen von Schulen, an welchen es schon Angebote an Schulsozialarbeit und schulpsychologischer Unterstützung gibt, bewerten diese als nicht ausreichend. Der tatsächliche Bedarf an weiterer Schulsozialarbeit und Schulpsychologie muss daher wesentlich höher eingeschätzt werden.

6 Im April 2022 wurden vor allem Lehrkräfte befragt, darunter auch 140 Schulleitungen. Aufgrund der unterschiedlichen Fallzahlen der Schulleitungen sind die beiden Erhebungen nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. In der Erhebung im April 2022 ergaben die Einschätzungen der Lehrkräfte, dass an 72 Prozent der Schulen Schulsozialarbeit und an 34 Prozent der Schulen schulpsychologische Unterstützung angeboten wurde. Die Einschätzungen der Schulleitungen ergaben etwas niedrigere Werte (65 Prozent Schulsozialarbeit und 25 Prozent schulpsychologische Unterstützung) als die der Lehrkräfte. Der Mittelwert aller Befragten betrug für Schulsozialarbeit 71 Prozent und für schulpsychologische Unterstützung 33 Prozent.

Traditionelle Prüfungskultur und Benotungspraxis als psychische Belastung für Schüler:innen

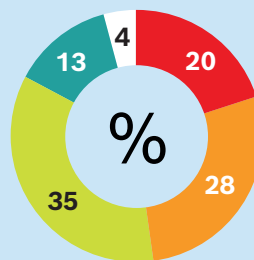
Wir wollten von den Schulleiter:innen zudem wissen, ob sie die traditionelle Prüfungskultur und Benotungspraxis als starke psychische Belastung für die Schüler:innen empfinden. Unter einer traditionellen Prüfungskultur und Benotungspraxis verstehen wir, dass von den Lehrkräften entwickelte Klausuren und Tests für alle Schüler:innen zu festgelegten Zeiten im Klassenverbund durchgeführt werden und dass für die Benotung immer noch die kollektive Bezugsnorm der Klasse genutzt wird.

48 Prozent der Schulleitungen konstatieren, dass die traditionelle Prüfungskultur und Benotungspraxis eine starke psychische Belastung für die Schüler:innen ist. In Ostdeutschland (36 Prozent) und in Berufsschulen (34 Prozent) ist die Zustimmung niedriger. Ansonsten finden sich in allen Regionen, allgemeinbildenden Schulformen und sozialen Lagen ähnlich hohe Zustimmungswerte.

Die hohen Werte bezeugen: Viele Schulleitungen haben – quer durch alle allgemeinbildenden Schulformen – ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass eine traditionelle Prüfungskultur und Benotungspraxis zu einer

Ist die traditionelle Prüfungs- und Benotungspraxis eine starke psychische Belastung für die Schüler:innen?

- Voll und ganz
- Eher
- Eher nicht
- Überhaupt nicht
- Weiß nicht / keine Angaben



starken psychischen Belastung von Schüler:innen führt. Allerdings zeigen unsere Ergebnisse auch, dass lediglich 7 Prozent der Schulen derzeit gezielt zu diesem Thema Schulentwicklungsprozesse durchlaufen, um zum Beispiel zeitgemäße Prüfungsformate zu entwickeln.

Hoher Fortbildungsbedarf zum Umgang mit psychosozial belasteten Kindern

Der hohe weitere Bedarf an einer psychosozialen Infrastruktur und an Unterstützungsangeboten für Schüler:innen spiegelt sich auch in den angegebenen Fortbildungsbedarfen für Lehrkräfte wider. Wir haben die Schulleitungen gefragt, zu welchen von uns vorgegebenen Themen sie Fortbildungsbedarfe für ihr Lehrerkollegium sehen.

Mehr als die Hälfte der Schulleitungen (57 Prozent) wünschen sich Fortbildungen für Lehrkräfte zum Umgang mit psychosozial belasteten Kindern und Jugendlichen. Auch Supervisions- und Coachingangebote zu diesem Thema würde knapp die Hälfte der Schulleitungen (45 Prozent) für das

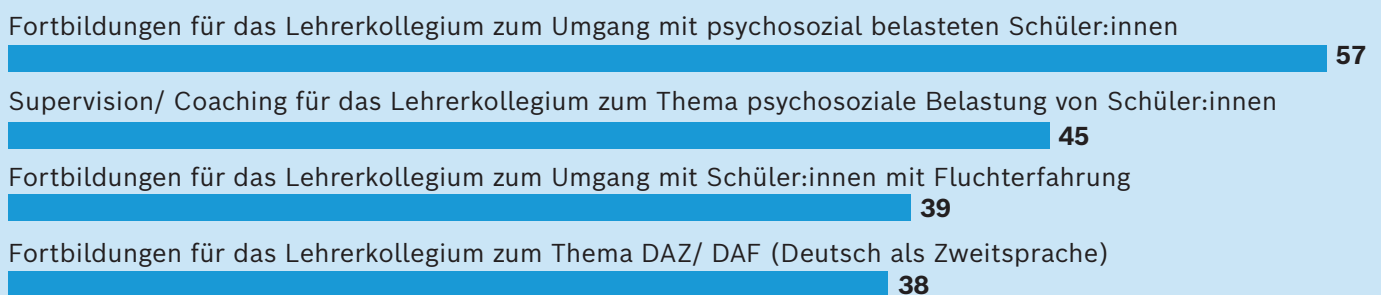
Lehrerkollegium anbieten wollen. Speziell für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung sehen 39 Prozent der Schulleitungen Fortbildungsbedarf. Weitere 38 Prozent der Schulleitungen würden gerne ihre Lehrkräfte zum Thema Deutsch als Zweitsprache fortbilden.

Zusammenfassend gilt es also nicht nur, die psychosoziale Versorgung bundesweit flächendeckend zu gewährleisten, sondern auch an Schulen, die bereits entsprechende Angebote haben, die Versorgungslage zu verbessern. Dafür müssen Belastungsfaktoren für die Schüler:innen innerhalb des Schulsystems identifiziert werden.

Außerdem gilt es, Lehrkräfte im Umgang mit psychisch belasteten Schüler:innen zu schulen. Dies gilt auch im Hinblick auf die bereits hohe Zahl an Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung, die in diesem Jahr in das deutsche Schulsystem aufgenommen wurden, womit sich das nächste Kapitel ausführlich beschäftigen wird.

Welchen Bedarf sehen Schulleitungen für ihr Lehrerkollegium?

in Prozent



Mehrfachnennungen möglich

Beschulung von neu zugewanderten Schüler:innen häufig in Schulen in sozial schwieriger Lage

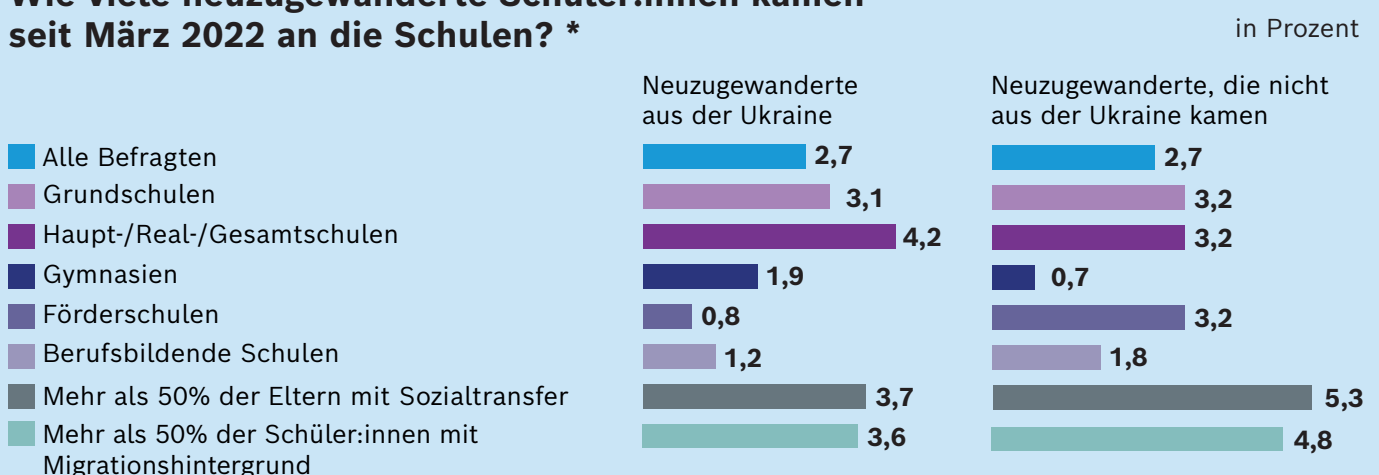
Das deutsche Schulsystem hat in einem großen Kraftakt und mit beeindruckendem Engagement seit März 2022 eine sehr hohe Zahl an geflüchteten ukrainischen Schüler:innen aufgenommen. Mittlerweile sagen 80 Prozent der Schulleitungen, dass an ihrer Schule ukrainische Schüler:innen beschult werden. In Ostdeutschland liegt der Wert etwas niedriger bei 69 Prozent. Im Median⁷ hat jede Schule sieben ukrainische Schüler:innen aufgenommen. Bezogen auf die von den Schulleitungen angegebene Gesamtschüler:innenschaft ihrer Schule, beträgt der Anteil der ukrainischen Schüler:innen 2,7 Prozent. Die meisten ukrainischen

Kinder und Jugendlichen werden an Haupt-, Real- und Gesamtschulen (Anteil an Gesamtschüler:innenschaft: 4,2 Prozent), in der Grundschule (Anteil an Gesamtschüler:innenschaft: 3,1 Prozent) und an Gymnasien unterrichtet (Anteil an Gesamtschüler:innenschaft: 1,9 Prozent).

Neben der Verteilung der ukrainischen Schüler:innen auf die verschiedenen Schulen und ihrer Anzahl wollten wir auch wissen, wie hoch die Fluktuation dieser Schüler:innengruppe ist. Denn nicht nur die administrative Aufnahme und die Beschulung von ukrainischen Schüler:innen binden Ressourcen der

Schulleitungen und Lehrkräfte, sondern auch die Abmeldung und damit einhergehenden Umplanungen an den Schulen. Selbstverständlich bringt der Schulwechsel auch psychosoziale Belastungen für die geflüchteten Kinder und Jugendlichen sowie für die Klassengemeinschaft mit sich, die wir an dieser Stelle nicht behandeln können. Wir haben bei den Schulleitungen nachgefragt, wie viele ukrainische Schüler:innen ihre Schule bereits wieder verlassen haben, weil sie beispielsweise in eine andere Schulform gewechselt, innerhalb Deutschlands umgezogen oder in die Ukraine zurückgekehrt sind. Mit 56 Prozent geben

Wie viele neuzugewanderte Schüler:innen kamen seit März 2022 an die Schulen? *



* die Zahl der Neuzugewanderten beruht auf einer Schätzung der Schulleitungen und wurde ins Verhältnis der geschätzten Gesamtschüler:innenschaft an der jeweiligen Schule gesetzt.

7 Der Median ist ein Messwert, der genau in der Mitte einer Datenreihe liegt, die nach der Größe geordnet ist. Er ist weniger anfällig für Ausreißer – also Schulen, die keine oder sehr viele Schüler:innen aufgenommen haben.

mehr als die Hälfte der Befragten an, dass es Schulwechsel bzw. -abgänge von ukrainischen Schüler:innen gab. In den meisten Fällen waren hiervon ein bis zwei (25 Prozent) oder 3 bis 5 (20 Prozent) Schüler:innen betroffen.

Neben Schüler:innen aus der Ukraine nehmen Schulen in Deutschland stetig auch neu zugewanderte Schüler:innen aus anderen Ländern auf. Anders als bei den [geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine](#), veröffentlicht die Kultusministerkonferenz (KMK) allerdings hierzu keine Zahlen. Wir wollten deshalb von den Schulleitungen wissen, wie viele Schüler:innen im gleichen Zeitraum, das heißt seit März 2022, aus anderen Ländern als der Ukraine aufgenommen wurden. Es zeigt sich, dass der Anteil der Schüler:innen aus anderen Ländern nahezu identisch mit dem der Schüler:innen aus der Ukraine ist. Auch hier liegt der Anteil der seit März 2022 zugewanderten Schüler:innen an der Gesamtschüler:innenschaft der Schule bei 2,7 Prozent. Im Median kamen fünf neu zugewanderte Kinder und Jugendliche an jede Schule. Insgesamt geben 77 Prozent der Schulleitungen an, dass Schüler:innen mit wenig oder gar keinen Deutschkenntnissen aus anderen Ländern als aus der Ukraine an ihrer Schule aufgenommen wurden. Auch hier werden deutlich weniger in Ostdeutschland beschult (61 Prozent). Die meisten neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen aus anderen Ländern als der Ukraine werden vor allem an Haupt-, Real- und Gesamtschulen, an Grundschulen und an Förderschulen beschult, mit einem jeweiligen Anteil von 3,2 Prozent an der Gesamtschüler:innenschaft. Mit einem Anteil von 0,7 Prozent wurden relativ wenige Schüler:innen an Gymnasien aufgenommen.

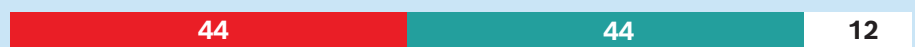
Wie werden die Bürokratie und die bereitgestellten Ressourcen für die Beschulung von neu zugewanderten Schüler:innen eingeschätzt?

in Prozent

Schulleitungen stimmen der Aussage zu:

- Voll und ganz oder eher
- Eher nicht oder überhaupt nicht
- Weiß nicht / keine Angaben

Der bürokratische Aufwand für die Aufnahme von neu zugewanderten und geflüchteten Schüler:innen ist zu hoch.



Die bereitgestellten finanziellen Mittel für die Beschulung von neu zugewanderten und geflüchteten Schüler:innen reichen nicht aus.



Die bereitgestellten personellen Mittel für die Beschulung von neu zugewanderten und geflüchteten Schüler:innen reichen nicht aus.



Auffällig für beide Schüler:innengruppen ist, dass sie überdurchschnittlich häufig an Schulen in sozial schwieriger Lage sowie mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationsgeschichte beschult werden. An Schulen in eher privilegierter Lage beträgt der Anteil ukrainischer Schüler:innen an der Gesamtschüler:innenanzahl 2,6 Prozent. Hingegen sind es 3,7 Prozent an Schulen in sozial schwieriger Lage. Deutlicher wird der Unterschied bei neu zugewanderten und geflüchteten Schüler:innen aus anderen Ländern als der Ukraine: Hier ist der Anteil von Neuzugewanderten 2 Prozent an Schulen in eher privilegierter Lage, während er bei Schulen in sozial schwieriger Lage bei 5,3 Prozent liegt. Eine ähnliche Verteilung ergibt sich auch an Schulen mit wenigen und vielen Kindern mit Migrationsgeschichte.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass diejenigen Schulen, die sowieso schon mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert sind, überdurchschnittlich häufig neu zugewanderte und geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine sowie aus anderen Ländern aufnehmen. Neben dem zu hohen bürokratischen Aufwand für deren Eingliederung, den fast die Hälfte aller Schulleitungen (44 Prozent) beklagt, werden die bereitgestellten finanziellen sowie personellen Mittel überwiegend als nicht ausreichend für die Beschulung der neu zugewanderten und geflüchteten Schüler:innen eingeschätzt. Hier sehen 51 Prozent der Schulleiter:innen Defizite bei der finanziellen Ausstattung und 72 Prozent bei der personellen Ausstattung ihrer Schule.

Ausreichende Förderung in Deutsch für Neuzugewanderte kann häufig nicht gewährleistet werden

Wir haben gefragt, wie gut die Schulen pädagogisch-konzeptionell vorbereitet sind, um neu zugewanderte Schüler:innen aufzunehmen. Während im vorangegangenen [Schulbarometer im April 2022](#) fast die Hälfte der Lehrkräfte (46 Prozent) bestätigten⁸, dass ihre Schulen über Konzepte für die Beschulung neu zugewandelter Schüler:innen mit wenigen oder gar keinen Deutschkenntnissen verfügen, sagen dies ein gutes

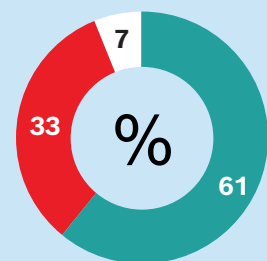
halbes Jahr später bereits 61 Prozent der Schulleiter:innen. Insbesondere an Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit einer anderen Familiensprache als Deutsch gibt es deutlich häufiger klare Prozesse und Strukturen (69 Prozent) als an Schulen, in welchen weniger als 25 Prozent der Schüler:innen eine andere Familiensprache als Deutsch sprechen (52 Prozent).



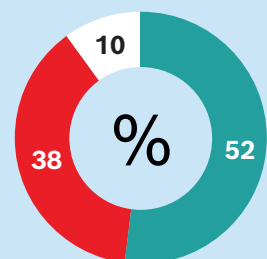
Gibt es für die Beschulung von Schüler:innen mit wenigen oder gar keinen Deutschkenntnissen klare Prozesse an der Schule?

■ Voll und ganz oder eher
■ Eher nicht oder überhaupt nicht
■ Weiß nicht/keine Angaben

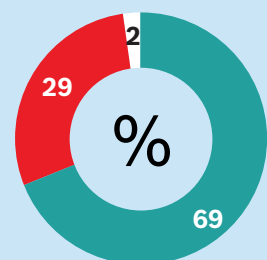
Alle Befragten



Weniger als 25 % Schüler:innen mit Migrationshintergrund



Mehr als 50 % der Schüler:innen mit Migrationshintergrund

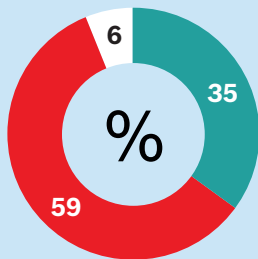


8 Im April 2022 wurden vor allem Lehrkräfte befragt, darunter auch 140 Schulleitungen. Aufgrund der unterschiedlichen Fallzahlen der Schulleitungen sind die beiden Erhebungen nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. In der Erhebung im April 2022 sagten 46 Prozent der Lehrkräfte, dass es Konzepte zur Beschulung von Neuzugewanderten gibt. Die Werte der Schulleitungen lagen hier etwas höher bei 50 Prozent. Der Mittelwert aller Befragten war 47 Prozent.

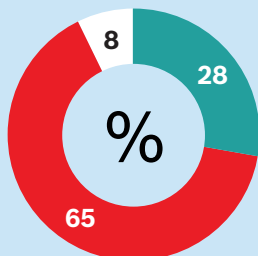
Kann eine ausreichende Förderung in Deutsch für neu zugewanderte Schüler:innen gewährleistet werden?

- Voll und ganz oder eher
- Eher nicht oder überhaupt nicht
- Weiß nicht / keine Angaben

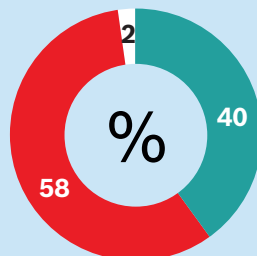
Alle Befragten



Weniger als 25 % der Schüler:innen mit Migrationshintergrund



Mehr als 50 % der Schüler:innen mit Migrationshintergrund



Weiterhin haben wir die Schulleitungen gefragt, ob die ausreichende Förderung von Kindern und Jugendlichen mit wenigen oder gar keinen Deutschkenntnissen in der Unterrichtssprache Deutsch an ihrer Schule gewährleistet werden kann. Im Ergebnis glaubt nur ein Drittel der Schulleitungen (35 Prozent), dass eine ausreichende Förderung voll und ganz oder eher gewährleistet werden kann. Dementgegen gehen 59 Prozent der Schulleitungen davon aus, dass die Förderung in Deutsch nicht sichergestellt werden kann. Dies sagen insbesondere Schulleitungen an Grundschulen (71 Prozent). Schulleitungen an Schulen mit einem hohen Migrationsanteil sind zuversichtlicher, was die ausreichende Förderung in der deutschen Sprache anbelangt: Hier geben immerhin 40 Prozent an, dass dies voll und ganz oder eher gelingt, im Vergleich zu nur 28 Prozent an Schulen mit einem niedrigen Migrationsanteil.

In der Tendenz haben also Schulen, die bereits Erfahrung in der Beschulung von Schüler:innen mit Migrationsgeschichte haben, häufiger klare Prozesse und Strukturen für die Beschulung von neu zugewanderten Schüler:innen und es gelingt ihnen auch besser, eine ausreichende Förderung in Deutsch zu gewährleisten. In einer Einwanderungsgesellschaft ist es allerdings unabdingbar, dass alle Schulen darauf vorbereitet sind, neu zugewanderte Schüler:innen aufzunehmen und bestmöglich zu fördern.

Fast die Hälfte der Schulen können noch einzelne neu zugewanderte Schüler:innen aufnehmen

Gibt es für die Aufnahme von neu zugewanderten Schüler:innen noch Kapazitäten an den Schulen?

in Prozent

- Ja, wir können noch deutlich mehr Schüler:innen aufnehmen
- Ja, wir können aber nur noch einzelne Schüler:innen aufnehmen
- Nein, wir haben keine Kapazitäten mehr
- Nein, wir arbeiten bereits über unserer Kapazitätsgrenze
- Weiß nicht / keine Angabe

Alle Befragten



Grundschulen



Haupt-/Real-/Gesamtschulen



Gymnasien



Förderschulen



Berufsbildende Schulen



Mehr als 50% der Eltern mit Sozialtransfer



Mehr als 50% der Schüler:innen mit Migrationshintergrund



Abschließend sollten die befragten Schulleitungen einschätzen, ob ihre Schule für die Aufnahme weiterer Kinder und Jugendlicher mit wenig oder keinen Deutschkenntnissen noch über notwendige räumliche oder personelle Kapazitäten verfügt. Insgesamt geben 43 Prozent der Schulleitungen an, dass sie noch weitere neu zugewanderte Schüler:innen aufnehmen können: 7 Prozent noch deutlich mehr Schüler:innen, 36 Prozent nur noch einzelne. Dies sagen eher Schulleitungen an Schulen im ländlichen Raum und in eher privilegierter sozialer Lage. Demgegenüber gibt ein Viertel der Schulleitungen (26 Prozent) an, keine Kapazitäten mehr zu haben. Und sogar 27 Prozent konstatieren, dass das Kollegium bereits über seiner Kapazitätsgrenze arbeitet. Über dieser Kapazitätsgrenze arbeiten insbesondere Schulen in sozial schwieriger Lage (45 Prozent), Haupt-, Real- und Gesamtschulen (38 Prozent), Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationsgeschichte (37 Prozent) und Schulen, die einen hohen Anteil von Schüler:innen mit Lernrückständen (37 Prozent) haben. Oberste bildungspolitische Priorität muss es nun sein, diese Schulen gezielt durch bedarfsorientierte Förderprogramme zu entlasten.

Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick

Die aktuelle Lage an den Schulen in der fünften repräsentativen Befragung des Deutschen Schulbarometers zeigt, dass es dringenden Handlungsbedarf für eine Verbesserung der Situation von Schulleitungen, Lehrkräften und Schüler:innen gibt.

Schulleitungen sehen als größte Herausforderungen den Personalmangel, die schleppend vorankommende Digitalisierung und die schlechte technische Ausstattung sowie allgemein zu viel Bürokratie. Als Entlastungsmöglichkeit schlagen sie vier Maßnahmen vor: mehr (multiprofessionelles) Personal, mehr Leitungsstunden, eine Schulverwaltungssassistentin und insgesamt weniger Bürokratie, damit sie wieder das machen können, was sie machen wollen – Schule leiten.

Lehrkräfte benötigen Fortbildungen zum Thema Digitalisierung, aber auch im Umgang mit psychosozial belasteten Kindern und Jugendlichen. Auch können sie einigen Schüler:innen nicht mehr die Unterstützung beim Lernen bieten, die diese benötigen. Insbesondere eine ausreichende Förderung in Deutsch für neu zugewanderte Schüler:innen kann häufig nicht gewährleistet werden.

Schüler:innen wird keine ausreichende psychosoziale Infrastruktur an ihrer Schule zur Verfügung gestellt. Die traditionelle Benotungs- und Prüfungspraxis kann eine starke psychische Belastung für die Schüler:innen sein. Mehr als ein Drittel haben unverändert deutliche Lernrückstände, an Schulen in sozial schwieriger Lage sind es sogar zwei Drittel.

Welche bildungspolitischen Maßnahmen sind nun notwendig?

Es ist schon lange bekannt und ebenso lange wird angemahnt, dass ein dramatischer Mangel an pädagogischem Personal besteht, der sich auch noch weiter verschärfen wird. Diese Herausforderung muss vordringlich und vehe-

ment angegangen werden. Folgende weitere bildungspolitische Maßnahmen sehen wir als notwendig an, um kurz- und langfristig die Situation an Schulen zu verbessern:

1. Schulverwaltungsassistenten einstellen und bürokratische Prozesse abbauen

Schulleitungsassistenten bzw. Schulverwaltungsassistenten an jeder Schule können Schulleitungen, aber auch Lehrkräfte bei alltäglich anfallenden Verwaltungsaufgaben unterstützen, damit diese sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können: Schule leiten und Schüler:innen beim Lernen begleiten. Damit muss allerdings auch ein ambitioniert verfolgter Bürokratisierungsabbau einhergehen: weniger Bürokratie, um Fördermittel zu beantragen, weniger Bürokratie, um neu zugewanderte Schüler:innen aufzunehmen, weniger Bürokratie, um pädagogische Hilfskräfte sowie ausländische Fachkräfte einzustellen.

2. Verbindliche Qualifizierung im Bereich Digitalisierung von Anfang an

Alle Lehrkräfte brauchen eine grundlegende Qualifizierung im Bereich Digitalisierung, um einen zeitgemäßen Unterricht anbieten sowie eine neue Prüfungs- oder, besser gesagt, Lernkultur etablieren zu können. Dabei müssen insbesondere angehende Lehrkräfte in ihrer Ausbildung digitalisierungsbezogene Kompetenzen erwerben. Diese digitalisierungsbezogenen Studieninhalte sind allerdings, wie der [Monitor Lehrerbildung 2022](#) zeigt, bei Weitem noch nicht verbindlich an den Hochschulen verankert.

3. Schulen in sozial schwieriger Lage gezielt fördern

Besonders belastete Schulen, die alltäglich zahlreiche und vielfältige Herausforderungen bewältigen müssen und dabei über ihre Kapazitätsgrenze kommen, müssen nun gezielt entlastet und unterstützt werden. Insbesondere weil dort die höchsten Lernrückstände – auch bereits vor Corona – zu verzeichnen sind. Das geplante Förderprogramm des Bundes „Startchancen“ muss nun hier aus den

gemachten Fehlern des Programmes „Aufholen nach Corona“ lernen und besonders belastete Schulen identifizieren und nachhaltig unterstützen.

Wie können diese Schulen erreicht werden und welchen Beitrag können wir als zivilgesellschaftliche Akteurin dafür leisten? Die Robert Bosch Stiftung hat mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung eine [Expert:innenrunde Startchancen](#) gebildet und erarbeitet, wie mit dem Startchancen-Programm eine möglichst hohe Wirksamkeit erzielt werden kann.

4. Erreichen der Basiskompetenzen priorisieren

Dass alle Schüler:innen am Ende der Grundschulzeit die Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen erreichen, muss nun absolute Priorität haben. Dafür muss die Förderung in der Unterrichtssprache Deutsch für Neuzugewanderte und Schüler:innen mit Migrationshintergrund unbedingt gewährleistet werden. Genauso muss auch verstärkt auf Kinder aus bildungsfernen Schichten geachtet werden und entsprechende Angebotsstrukturen entwickelt werden, damit diese Schüler:innen nicht bereits zu Beginn ihrer Bildungsbiografie in einen Rückstand geraten, der nur schwer wieder aufgeholt werden kann. Eine demokratische und inklusive Gesellschaft darf diese Kinder und Jugendliche nicht verlieren und/oder exklusiv in Förderschulen unterrichten.

Die Robert Bosch Stiftung hat aus diesen Gründen das Projekt [„Wir.Lernen – Grundschulen in Baden-Württemberg sichern Basiskompetenzen“](#) gestartet. In Kooperation mit dem Kultusministerium Baden-Württemberg werden Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulrät:innen und Fortbildner:innen vernetzt, um gemeinsam einen systematischen Ansatz der Unterrichtsentwicklung mit dem Fokus auf Basiskompetenzen an Schulen zu etablieren.

5. Psychosoziale Versorgung sicherstellen

Der weitere hohe Bedarf an Schulsozialarbeit und insbesondere an Schulpsychologie muss an den Schulen ausreichend und nachhaltig abgedeckt werden. Psychische Belastungsfaktoren innerhalb der Schule müssen identifiziert und behoben werden, damit der Lebensraum „Schule“ ein Ort ist, in welchem sich alle Akteur:innen – Schüler:innen, Lehrkräfte und Schulleitungen – wohl und zugehörig fühlen. In dem von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekt Versorgungsmonitor [„Psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen“](#) in Kooperation mit der Universität Leipzig und der Hochschule für Musik, Theater und Medien in Hannover wird nun untersucht, wie die psychosoziale Versorgung an Schulen bundesweit einzuschätzen ist, aber auch in welchem Zusammenhang die psychische Gesundheit von Schüler:innen mit Bildungs- und Unterrichtsmerkmalen steht.

Wenn wir die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen gewährleisten wollen, müssen wir jetzt ein inklusives und leistungsfähiges Schulsystem etablieren, das alle Schüler:innen erreicht.

Am 8. Februar 2023 findet auf dem Campus des Deutschen Schulportals <https://campus.deutsches-schulportal.de/> eine digitale Veranstaltung für pädagogische Fachkräfte zum Thema psychische Belastung und zeitgemäße Benotungs- und Prüfungspraktiken statt.

Ansprechpartner:innen

Für Pressevertreter:innen

Sie möchten über das Deutsche Schulbarometer berichten, benötigen einen vertieften Einblick in die Daten oder suchen Interviewpartner:innen für eine inhaltliche Einordnung?
Bitte wenden Sie sich an:

Michael Herm, Referent Kommunikation
michael.herm@bosch-stiftung.de
Tel. 0711 46084-290

Dr. Dagmar Wolf, Bereichsleiterin Bildung
dagmar.wolf@bosch-stiftung.de
Tel. 0711 46084-138

Für Wissenschaftler:innen

Auf Anfrage stellen wir Wissenschaftler:innen die Rohdaten der Befragung für ihre eigenen Forschungszwecke zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich dazu unter Angabe Ihrer Forschungsfrage an:

Angelika Sichma, Projektmanagerin Bildung
angelika.sichma@bosch-stiftung.de

Fragebogen

Zusätzlich zu den hier abgedruckten Fragen wurden auch das Alter und das Geschlecht der Schulleiter:innen erfasst. In Bezug auf ihre Schulen wurde zusätzlich erhoben: Schulart; Bundesland; räumliche geografische Lage (Dorf, Klein-,

Mittel- oder Großstadt, Metropole); Anzahl der Schüler:innen; Anteil der Eltern, die staatliche Hilfen wie Hartz IV, Wohngeld oder Sozialhilfe beziehen sowie Anteil der Schüler:innen mit einer anderen Familiensprache als Deutsch.

Was sind zurzeit die größten Herausforderungen als Schulleitung an Ihrer Schule?

Wie würden Sie Ihre derzeitige Arbeitsbelastung einschätzen?

- ☐ Sehr hoch ☐ Eher hoch ☐ Angemessen
☐ Eher gering ☐ Sehr gering

Was würde Ihren Arbeitsalltag als Schulleitung spürbar entlasten?

Finden an Ihrer Schule zurzeit Schulentwicklungsprozesse statt?

- ☐ Ja
☐ Nein

In welchen Bereichen finden zurzeit Schulentwicklungsprozesse an Ihrer Schule statt?
(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Digitalisierung (z. B. digitale Unterrichtseinheiten produzieren; Erstellung einer Online-Plattform)
- ☐ Unterricht (z. B. Unterrichtsmethoden weiterentwickeln)
- ☐ Inklusion (z. B. Konzepte zur Individualisierung entwickeln)
- ☐ Partizipation (z. B. Schüler:innen aktiv in Steuerungs-/Entscheidungsprozesse der Schule involvieren)
- ☐ Personal (z. B. gezielt Kompetenzen des Personals weiterentwickeln)
- ☐ Kommunikation (z. B. interne Kommunikationsstrukturen entwickeln)
- ☐ Organisation (z. B. Arbeits-/Steuerungsgruppen einführen)
- ☐ Leistung (z. B. schulinterne Programme zum Aufholen von Lernrückständen entwickeln)
- ☐ Außerschulische Partner:innen (z. B. mit regionalen Unternehmen/Vereinen vernetzen und Angebote für die Schüler:innen entwickeln)
- ☐ Prüfungen (z. B. neue Prüfungsformate entwickeln)
- ☐ Sonstiges, und zwar:

Warum finden zurzeit keine Schulentwicklungsprozesse an Ihrer Schule statt?
(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Fehlende zeitliche Ressourcen des pädagogischen Personals/Kollegiums
- ☐ Widerstände/fehlende Zustimmung des pädagogischen Personals
- ☐ Fehlende Unterstützung durch Schulverwaltung
- ☐ Sonstiges, und zwar:

Wurden an Ihrer Schule Schulentwicklungsprozesse, die in diesem Schuljahr stattfinden sollten, pausiert oder gestoppt, um das Kollegium zu entlasten?

☐ Ja

☐ Nein

Werden an Ihrer Schule systematisch die Lernstände aller Schüler:innen erfasst, um eine kompetenzorientierte Einstufung vornehmen zu können?

☐ Ja

☐ Nein

Bitte schätzen Sie: Wie viele Schüler:innen haben an Ihrer Schule zum aktuellen Zeitpunkt deutliche Lernrückstände?

Ca. Prozent

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu:

Die coronabedingten Lernrückstände der Schüler:innen konnten durch die zusätzlichen staatlichen Fördermittel und Aufholprogramme deutlich verringert werden.

☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu

☐ Stimme überhaupt nicht zu

An meiner Schule konnten wir trotz aller Bemühungen die Schüler:innen mit den größten Lernrückständen nicht erreichen.

☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu

☐ Stimme überhaupt nicht zu

An meiner Schule gibt es weiteren Bedarf an Fördermitteln zur Bewältigung der coronabedingten Lernrückstände.

☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu

☐ Stimme überhaupt nicht zu

Trotz aller Bemühungen kann meine Schule einigen Schüler:innen aktuell nicht die adäquate Unterstützung beim Lernen bieten, die sie benötigen.

☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu

☐ Stimme überhaupt nicht zu

Die traditionelle Prüfungs- und Benotungspraxis ist eine starke psychische Belastung für die Schüler:innen.

☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu

☐ Stimme überhaupt nicht zu

Sind folgende Hilfsangebote für Schüler:innen an Ihrer Schule aktuell verfügbar?
(Mehrfachnennung möglich)

- ☐ Schulsozialarbeit
- ☐ Schulpsychologie
- ☐ Nichts davon (Einfachnennung)

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu:

Der bürokratische Aufwand für die Einstellung von Hilfs- und Unterstützungsfachkräften
(z. B. Lehramtsstudierende, pädagogische Assistent:innen) ist zu hoch.

- ☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu
- ☐ Stimme überhaupt nicht zu

Die Unterstützungsbedarfe an Schulsozialarbeit, die unsere Schüler:innen haben, können
wir an meiner Schule zurzeit ausreichend abdecken.

- ☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu
- ☐ Stimme überhaupt nicht zu

Die Unterstützungsbedarfe an Schulpsychologie, die unsere Schüler:innen haben, können
wir an meiner Schule zurzeit ausreichend abdecken.

- ☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu
- ☐ Stimme überhaupt nicht zu

Fragen zur Beschulung von ukrainischen Kindern und Jugendlichen

Bitte schätzen Sie: Wie viele geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine gibt es zurzeit ungefähr an Ihrer Schule?

Ca. Schüler:innen

Bitte schätzen Sie: Wie viele neu zugewanderte oder geflüchtete Kinder und Jugendliche mit wenig oder gar keinen Deutschkenntnissen kamen seit März 2022 aus anderen Ländern (also nicht aus der Ukraine) an Ihre Schule?

Ca. Schüler:innen

Bitte schätzen Sie: Wie viele ukrainische Schüler:innen haben Ihre Schule seit März 2022 und vor Beendigung ihrer regulären Schulzeit bereits wieder verlassen (z. B. wegen Wohnortwechsel oder Rückkehr in die Ukraine)?

Ca. Schüler:innen

Gibt es Ihrer Meinung nach für die Aufnahme weiterer Kinder und Jugendlicher mit Fluchthintergrund oder mit keinen/geringen Deutschkenntnissen noch Kapazitäten (personell und räumlich) an Ihrer Schule?

- ☐ Ja, wir können noch deutlich mehr Schüler:innen aufnehmen
- ☐ Ja, wir können aber nur noch einzelne Schüler:innen aufnehmen
- ☐ Nein, wir haben keine Kapazitäten mehr
- ☐ Nein, wir arbeiten bereits über unserer Kapazitätsgrenze

Gibt es an Ihrer Schule Bildungsangebote in ukrainischer Sprache als unterrichtsergänzende Angebote?

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Kommen an Ihrer Schule aktuell ukrainische Lehrkräfte oder Übersetzer:innen zum Einsatz?
(Mehrfachnennung möglich)

- ☐ Ja, ukrainische Lehrkräfte
- ☐ Ja, ukrainische Übersetzer:innen
- ☐ Nein (Einfachnennung)

Wie viele ukrainische Lehrkräfte kommen aktuell an Ihrer Schule zum Einsatz?

Ca. Lehrkräfte

Wie viele ukrainische Übersetzer:innen kommen aktuell an Ihrer Schule zum Einsatz?

Ca. Übersetzer:innen

Gibt es an Ihrer Schule folgende Qualifizierungsmaßnahmen speziell für ukrainische Lehrkräfte? (Mehrfachnennung möglich)

- ☐ Unterstützung beim Erwerb des C2-Sprachniveaus
- ☐ Mentoring-Angebote für Lehrkräfte zum Umgang mit Kindern mit Fluchterfahrung
- ☐ Nachqualifizierung der Lehrkräfte auf der Grundlage der KMK- Bildungsstandards
- ☐ Sonstiges:

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu:

Die bereitgestellten finanziellen Mittel für die Beschulung von zugewanderten und geflüchteten Schüler:innen sind ausreichend.

- ☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu
☐ Stimme überhaupt nicht zu

Die ausreichende Förderung von Kindern und Jugendlichen mit wenigen oder gar keinen Deutschkenntnissen in der Unterrichtssprache Deutsch kann an meiner Schule gewährleistet werden.

- ☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu
☐ Stimme überhaupt nicht zu

Für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit wenigen oder gar keinen Deutschkenntnissen gibt es an meiner Schule klare Prozesse.

- ☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu
☐ Stimme überhaupt nicht zu

Der bürokratische Aufwand für die Aufnahme von zugewanderten und geflüchteten Schüler:innen ist zu hoch.

- ☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu
☐ Stimme überhaupt nicht zu

Der bürokratische Aufwand für die Einstellung von ausländischen Lehrkräften ist zu hoch.

- ☐ Stimme voll und ganz zu ☐ Stimme eher zu ☐ Stimme eher nicht zu
☐ Stimme überhaupt nicht zu

Welche Bedarfe gibt es aktuell an Ihrer Schule?
(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Fortbildungen für Lehrkräfte zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung
- ☐ Fortbildungen für Lehrkräfte zum Umgang mit psychosozial belasteten Kindern und Jugendlichen
- ☐ Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema DAZ/DAF (Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache)
- ☐ Supervision/Coaching für das Lehrerkollegium zum Thema psychosoziale Belastung von Schüler:innen
- ☐ Einstellung von DAZ/DAF-Lehrkräften (Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache)
- ☐ Einstellung von ukrainischen Übersetzer:innen
- ☐ Einstellung von ukrainischen Lehrkräften
- ☐ Bedarf an ukrainischen Lehrmaterialien/-medien
- ☐ Sonstiges, und zwar:

Wird an Ihrer Schule mündlich oder durch das Auslegen von Broschüren oder Ähnlichem zu den folgenden Themen informiert? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Außerschulische Anlaufstellen zu therapeutischen Angeboten für Kinder und Jugendliche
- ☐ Außerschulische Anlaufstellen zu therapeutischen Angeboten für Eltern
- ☐ Außerschulische Bildungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten für Kinder und Jugendliche

Impressum

Herausgegeben von der

Robert Bosch Stiftung GmbH

Verantwortlich

Angelika Sichma, Vincent Steinl, Dr. Dagmar Wolf, Andrea Preußker

Redaktion

Angelika Sichma

Michael Herm

Gestaltung und Lektorat

Studio ZX GmbH – Ein Unternehmen der ZEIT Verlagsgruppe

Infografiken

Henriette Anders

Copyright 2022

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

Robert Bosch Stiftung GmbH

Heidehofstraße 31

70184 Stuttgart

Telefon + 49 711 46084-0

www.bosch-stiftung.de

Postfach 10 06 28

70005 Stuttgart

Zitiervorschlag

Robert Bosch Stiftung (2023): Das Deutsche Schulbarometer:

Aktuelle Herausforderungen aus Sicht von Schulleitungen. Ergebnisse einer Befragung von Schulleitungen allgemein- und berufsbildender Schulen. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.